

R W L

Verwaltungs- und Beteiligungs- AG

Bremen

WKN 778630

G e s c h ä f t s b e r i c h t 2005



Inhalt

	Seite
• Einberufung der Hauptversammlung Tagesordnung	3 - 4
• Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005	5 - 10
• Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005	11 -12
• Bericht des Aufsichtsrats zum 31. Dezember 2005	12 - 13



RWL Verwaltungs- und Beteiligungs- AG

Bremen

WKN 778630

Einberufung zur Hauptversammlung

Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der am
Donnerstag, dem 3. August 2006, 11.00 Uhr,
in den Räumen des Hotels Clarion Hotel Berlin Lützowplatz 17, 10785 Berlin
stattfindenden Hauptversammlung ein.

Tagesordnung

- 1. Vorlage** des festgestellten Jahresabschlusses der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs- AG zum 31.12.2005 nebst Lagebericht und dem Bericht des Aufsichtsrats.
- 2. Bericht** des Vorstandes zum abgelaufenen Geschäftsjahr.
- 3. Entlastung** des Vorstands für das Geschäftsjahr 2005.

Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, dem Vorstand Entlastung für das Geschäftsjahr 2005 zu erteilen.

- 4. Entlastung** des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2005.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats Entlastung für das Geschäftsjahr 2005 zu erteilen.

- 5. Wahlen** zum Aufsichtsrat

Die Amtszeit von Herrn Dr. Leykam endet mit Beendigung der Hauptversammlung vom 3.8.06. Der Aufsichtsrat setzt sich gemäß §§ 96 Abs. 1, 101 Abs. 1 AktG aus Aufsichtsratsmitgliedern der Aktionäre zusammen. Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge für die von den zu wählenden Mitgliedern des Aufsichtsrates nicht gebunden. Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, Herrn Dr. jur. Rüdiger Leykam, Bremen, mit Wirkung zum Ende der Hauptversammlung vom 3.8.06 bis zum Ende der Hauptversammlung zu wählen, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2010 beschließt.

- 6. Wahl des Abschlussprüfers** für das Geschäftsjahr 2006 .

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die WK Wirtschaftsberatungskanzlei Queling GmbH-Wirtschaftsprüfungsgesellschaft- Angerburger Allee 11, 14055 Berlin, als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2006 zu bestellen. Die Sitzverlegung dieser Gesellschaft nach

Kaiserslautern ist beim Handelsregister beantragt, aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht eingetragen.

7. Verschiedenes

Vorstand und Aufsichtsrat haben hierzu keine Vorschläge.

Teilnahme an der Hauptversammlung

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 5. Werktag vor dem Versammlungstag, wobei der Samstag nicht als Werktag gilt, also bis zum 27. Juli .2006, während der üblichen Geschäftsstunden bei der Gesellschaft (z.Hd. BOTAG Bodentreuhand- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Bayreuther Straße 35, 10789 Berlin) oder der nachstehend genannten Hinterlegungsstelle hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung der Hinterlegungsstelle für sie bei Kreditinstituten bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden. Sofern die Kreditinstitute am 5. Werktag vor dem Versammlungstag geschlossen haben, ist der Stichtag der letzte diesem Tag vorangehende Arbeitstag der Kreditinstitute.

Hinterlegungsstelle ist die Deutsche Bank mit allen ihren Niederlassungen.

Darüber hinaus kann die Hinterlegung bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank erfolgen. In diesem Fall ist die Bescheinigung hierüber spätestens am Tag nach dem Ablauf der Hinterlegungsfrist (28. Juli 2006) bei der Gesellschaft einzureichen.

Von der Hinterlegungsstelle werden gegen Hinterlegung der Aktien Eintrittskarten ausgestellt, die zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigen.

Fragen auf der Hauptversammlung

Aktionäre, die auf der Hauptversammlung Fragen stellen möchten, werden gebeten, uns die Fragen möglichst vor der Hauptversammlung schriftlich per Adresse BOTAG Bodentreuhand- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Bayreuther Straße 35, 10789 Berlin, mitzuteilen. Die Fragen können dann eingehend bearbeitet und beantwortet werden.

Bevollmächtigung

Das Stimmrecht kann auch durch einen Bevollmächtigten oder durch eine Vereinigung von Aktionären ausgeübt werden.

Der Vorstand



BILANZ zum 31. Dezember 2005

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen

AKTIVA	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	22.680,19	23.679,57
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>307,10</u>	<u>0,00</u>
	22.987,29	23.679,57
 B. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		
	169.440,13	134.772,59
	<u>192.427,42</u>	<u>158.452,16</u>

BILANZ zum 31. Dezember 2005

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs - AG, Bremen

PASSIVA	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		2.607.588,59	2.607.588,59
II. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage		260.758,86	260.758,86
III. Bilanzverlust		3.037.787,58-	3.003.120,04-
nicht gedeckter Fehlbetrag		169.440,13	134.772,59
		<hr/>	<hr/>
buchmäßiges Eigenkapital		0,00	0,00
B. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		4.600,00	8.300,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	18.387,29		3.779,57
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 18.387,29 (Euro 3.779,57)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00		11.600,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 0,00 (Euro 11.600,00)			
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen mit Rangrücktritt	<u>169.440,13</u>		<u>134.772,59</u>
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 169.440,13 (Euro 134.772,59)		187.827,42	150.152,16
		<hr/>	<hr/>
		192.427,42	158.452,16
		<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

Gewinn und Verlustrechnung vom 01.01.2005 bis 31.12.2005

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs - AG, Bremen

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. sonstige betriebliche Erträge	1.336,69	0,00
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	14.765,48 -	24.892,46 -
3. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen Euro 1.198,88 (Euro 8.964,03)	1.198,88	8.964,03
4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon an verbundene Unternehmen Euro 5.866,42 (Euro 4.284,06)	<u>7.254,63 -</u>	<u>12.035,20 -</u>
5. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19.484,54-	27.963,63-
6. außerordentliche Erträge	22.680,19	0,00
7. außerordentliche Aufwendungen	<u>37.863,19-</u>	<u>0,00</u>
8. außerordentliches Ergebnis	15.183,00-	0,00
9. Jahresfehlbetrag	34.667,54-	27.963,63-
10. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	3.003.120,04 -	2.975.156,41 -
11. Bilanzverlust	<u>3.037.787,58 -</u>	<u>3.003.120,04 -</u>

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005 der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs - AG, Bremen, wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Nach § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB gilt die Gesellschaft als große Kapitalgesellschaft.

II. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung einschließlich der Vornahme steuerrechtlicher Maßnahmen

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs - AG, Bremen, wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des Aktiengesetzes zu beachten.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

III. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen

Der Posten sonstige Rückstellungen enthält die Rückstellung für Abschluss und Prüfung des Geschäftsjahres 2005.

Angaben und Erläuterungen zu den sonstigen betrieblichen Aufwendungen

Im Posten sonstige betriebliche Aufwendungen sind im wesentlichen die Kosten für die Hauptversammlung, Rechts- und Beratungskosten sowie die Abschluss- und Prüfungskosten enthalten.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag dieser Verpflichtungen beläuft sich auf EUR 143.249,42.

Mit der Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH (heute: Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH), Essen wurde bis zum 31.12.2001 ein Ertragszuschuss in Höhe von DM 235.812,92 (Euro 120.569,23) und erneut mit Vertrag vom 25. Juli 2005 ein Ertragszuschuss zum 31.12.2005 in Höhe von Euro 22.680,19 vereinbart und mit einer Besserungsabrede versehen. Die RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen, ist nach diesen Ertragszuschussvereinbarungen verpflichtet, den Ertragszuschuss von Euro 143.249,42 nebst Zinsen von 5 % p.a. auf schriftliche Anforderung zurückzuzahlen, sobald und soweit sie einen entsprechenden Jahresüberschuss oder Liquidationsüberschuss erzielt, sie über ausreichende Liquidität verfügt und die Rückzahlung nicht gegen zwingende Regeln des Aktienrechts verstößt.

Erläuterung der außerordentlichen Erträge

Mit der Rheinischen Grundbesitz Beteiligungs GmbH, Essen wurde mit Vertrag vom 25. Juli 2005 ein Ertragszuschuss zum 31.12.2005 in Höhe von Euro 22.680,19 vereinbart und mit einer Besserungsabrede versehen. Die RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen, ist nach dieser Ertragszuschussvereinbarung verpflichtet, den Ertragszuschuss von Euro 22.680,19 nebst Zinsen von 5 % p.a. auf schriftliche Anforderung zurückzuzahlen, sobald und soweit sie einen entsprechenden Jahresüberschuss oder Liquidationsüberschuss erzielt, sie über ausreichende Liquidität verfügt und die Rückzahlung nicht gegen zwingende Regeln des Aktienrechts verstößt.

Erläuterung der außerordentlichen Aufwendungen

Beim ausgewiesenen Betrag der außerordentlichen Aufwendungen handelt es sich um die Kosten für die Durchführung der Umstellung des Grundkapitals auf Stückaktien, der Umstellung der Börsennotierung und der Einziehung der effektiven unrichtig gewordenen Aktienurkunden.

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Zur Abwendung der insolvenzrechtlichen Überschuldung der Gesellschaft zum 31.12.2005 hat die Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH durch vier Darlehen aus den Jahren 2002 bis 2005 in Höhe von insgesamt maximal Euro 260.000,00 (Ausweis zum 31.12.2005 Euro 169.440,13) einen Rangrücktritt auch im Falle der Insolvenz der Gesellschaft in voller Höhe erklärt. Danach tritt die Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH mit ihrer Forderung unwiderruflich hinter sämtliche Forderungen derzeitiger und künftiger Gläubiger zurück, solange und soweit die RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG überschuldet ist. Die Gesellschaft hat sich verpflichtet, das Darlehen zurückzuzahlen, sobald die Überschuldung beseitigt und die Zahlung aus freiem Vermögen möglich ist.

IV. Sonstige Pflichtangaben

Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates

Einziges **Vorstand** des Unternehmens im Geschäftsjahr war Herr Ulrich Bühne, Dipl.-Betriebswirt, Bergisch Gladbach.

Dem **Aufsichtsrat** gehörten folgende Personen an :

Herr Dr. Rüdiger Leykam, Rechtsanwalt und Notar, Bremen, Vorsitzender

Herr Hans-Jörg Simon, Dipl.-Volkswirt, Berlin, stellvertretender Vorsitzender

Herr Johannes Beelen, Dipl.-Kaufmann, Solingen

Die folgenden Mitglieder des Aufsichtsrates sind in weiteren Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG vertreten:

Herr Simon:

Vorsitzender Verwaltungsrat der Indexa Inmobiliaria S.A., Madrid

Herr Beelen:

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Böwe Systec AG, Augsburg

Vorsitzender des Beirats der Jaguar Stahlwarenfabrik GmbH & Co. KG, Solingen

Mitglied Board of Directors Arcos Hermanos S.A., Albacete, Spanien

Mitglied des Beirats der M.H. Wilkens, Bremen

Angaben über die Gattung von Aktien

Das Grundkapital der Gesellschaft lautet auf Euro 2.607.588,59 und ist eingeteilt in 102.000 Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber.

Satzungsänderung

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29.08.2002 ist die Satzung insgesamt neu gefasst.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 29.08.2007 um bis zu Euro 1.303.794 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Bisher wurde von dieser Ermächtigung kein Gebrauch gemacht.

Angabe über das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft, die nach § 41 Abs. 2 S. 1 WpHG i.V.m. § 22 Abs. 1 WpHG i.V.m. § 21 Abs. 1 WpHG i.V.m. § 21 Abs. 2 AktG der Gesellschaft mitgeteilt worden ist

Die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH (heute Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH), Essen, hat gemäß § 41 Abs. 2 S. 1 WpHG am 01.04.2002 mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte an der Gesellschaft gehören.

Gleichzeitig hat sie mitgeteilt, dass Frau Brita Gerling-Koehne und Herrn Dr. Dr. h.c. Rainer Koehne, Mülheim an der Ruhr, die zu je 50 % an der Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH beteiligt sind, ebenfalls die Mehrheit der Stimmrechte an der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG zustehen. Diese Stimmrechte werden ihnen gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 3 WpHG zugerechnet.

Die Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH, Essen, hält insgesamt 81,61 % der Stimmrechte an der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG.

Vergütungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Dem Vorstand und den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurde für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung gewährt, da diese auf ihre Vergütung verzichtet haben.

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

Während des Geschäftsjahres waren im Unternehmen keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Erklärung zum Corporate Governance Kodex

Die Gesellschaft hat am 09.03.2005 die nach § 161 AktG geforderte Erklärung zur Anwendung des Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Bremen, 30.01.2006

Ulrich Bühne, Dipl. Betriebswirt
- Vorstand -

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs - AG

Lagebericht zum 31. Dezember 2005

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2005 war weiterhin von der kontinuierlichen Beobachtung des Markt- und Börsenumfeldes gekennzeichnet. Ziel war es dem Gesellschaftszweck entsprechend, eine strategische Neuausrichtung zu planen. Aufgrund des allgemeinen wirtschaftlichen Umfeldes ließ sich diese Neuausrichtung trotz intensiver Bemühungen bisher aber nicht verwirklichen. Die Liquidität der Gesellschaft ist vorläufig sichergestellt; die insolvenzrechtliche Überschuldung zum 31. Dezember 2005 wird durch Darlehen mit Rangrücktrittserklärungen durch den Mehrheitsgesellschafter, die Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH (vormals Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH), Essen, ausgeglichen. In der Besserungsabrede verpflichtet sich die RWL, auf schriftliche Anforderung des Mehrheitsgesellschafters Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH, Essen, den Ertragszuschuss nebst Zinsen von 5% p.a. an die Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH zurückzuzahlen, sobald und soweit sie einen entsprechenden Jahresüberschuss oder Liquidationsüberschuss erzielt und die Rückzahlung nicht gegen zwingende Regeln des Aktienrechts verstößt.

Der Vorstand hat folgende Schlusserklärung gemäß § 312 AktG abgegeben:

Die Gesellschaft hat nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen zum Nachteil der Gesellschaft sind weder getroffen noch unterlassen worden.

Ausblick

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ereignet. Das nächstliegende Ziel der Gesellschaft ist die Aufbringung des notwendigen Gesellschaftskapitals. Es ist beabsichtigt diese Maßnahme dann in Gang zu setzen, wenn und sobald dies aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten für vertretbar gehalten wird. Die Rückstellungen entsprechen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung und sind nach dem heutigen Kenntnisstand ausreichend bemessen.

Solange der Gesellschaft kein neues Kapital zugeführt wird, hängt die weitere Existenz der Gesellschaft davon ab, dass Ihre laufenden Kosten von außenstehenden Personen getragen werden.

Berlin, im März 2006

Ulrich Bühne

Vorstand

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs - AG

Bericht des Aufsichtsrats zum 31. Dezember 2005

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr entsprechend seinen gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben die Geschäftsführung der Gesellschaft überwacht. Es haben vier Sitzungen stattgefunden, in denen sich der Aufsichtsrat vom Vorstand über die Lage der Gesellschaft hat unterrichten lassen. Gegenstand der Berichterstattung des Vorstands waren insbesondere die strategische Neuausrichtung der Gesellschaft sowie die Vermögens- und Finanzlage. Auch über die kontinuierliche Beobachtung des Markt- und Börsenumfeldes hat der Aufsichtsrat sich laufend berichten lassen. Ausschüsse des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr 2005 wegen noch nicht vorhandener Geschäftstätigkeit nicht gebildet worden.

Der vom Vorstand für das Geschäftsjahr 2005 aufgestellte Jahresabschluss der Gesellschaft sowie der Lagebericht zum 31.12.2005 sind unter Einbeziehung der Buchführung auf Antrag des Vorstandes und Beschluss des Amtsgerichts Bremen vom 31. März 2006 durch die WK Wirtschaftsberatungskanzlei Queling GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin geprüft worden, da die in der Hauptversammlung am 12.08.2005 gewählten Abschlussprüfer, die WK Wirtschaftsberatung GmbH – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft - Kaiserslautern, zwischenzeitlich nicht mehr als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft anerkannt und damit im Sinne von § 318 Abs. 4 Satz HGB weggefallen ist.

Der Abschlussprüfer hat keine Einwendungen erhoben und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Jahresabschluss, Lagebericht des Vorstands und Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden in Anwesenheit des Abschlussprüfers eingehend besprochen. Der Aufsichtsrat erhebt nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen und schließt sich dem Ergebnis des Abschlussprüfers an. In seiner Sitzung am 12. Juni 2006 hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005 gebilligt. Er ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Dem Aufsichtsrat hat außerdem der Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2005 vorgelegen. Der Bericht ist ebenfalls vom Abschlussprüfer geprüft und mit dem folgenden Bestätigungsvermerk versehen worden:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft. Er stimmt ihm zu, ebenso dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2005.

Mülheim, im Juni 2006

Für den Aufsichtsrat
Dr. Leykam
Vorsitzender